



KOMMENTAR

Der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine: Durchtrennt die Ukraine womöglich die Nabelschnur zum „Mütterchen Russland“?

Von Natalya Minkovska

minkovsn@gmx.de

Ausgabe

1/06

* * *

Die ersten Nachrichten des neuen Jahres 2006 waren für die Ukrainer nicht gerade sehr erbaulich: Sämtliche Medien berichteten über die Einstellung der Gaslieferungen Russlands an das Nachbarland Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vorgeschlagen, der Ukraine bis zum März 2006 Gas zum „Freundschaftspreis“ von 50 \$ pro 1000 Kubikmeter Gas anzubieten, falls sich das Land dazu bereit erklären sollte, danach auf die russische Forderung einzugehen, 220-230 \$ pro 1000 Kubikmeter zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Ukraine jedoch abgelehnt.¹

Die ukrainische Führung argumentierte, dass der von Russland angesetzte Gaspreis für die Ukraine völlig inakzeptabel sei. Nach Meinung vieler ukrainischer Bürger ist eine solche Politik Russlands als eine Art Retourkutsche für die „Revolution in Orange“ und als Druckmittel gegen die prowestliche Regierung des Landes zu sehen.

Die russische Seite hingegen rechtfertigte ihre Entscheidung damit, dass die Ukraine ein unabhängiger Staat sei, der einen marktwirtschaftlichen Status anstrebe und daher auch internationale und marktwirtschaftliche Preise zu akzeptieren habe.

Die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine sind nach einigen Tagen des Kräftemessens „gelöst“ – zumindest vorübergehend. Jede Seite bekam in etwa die Zugeständnisse, die sie eingefordert hatte und kann so gesehen mit dem erzielten Resultat durchaus zufrieden sein: Das russische Gasunternehmen „Gasprom“ nimmt seine unterbrochenen Lieferungen an die Ukraine wieder auf. „Gasprom“ soll russisches Gas für 230 \$ pro 1000 Kubikmeter an die Handelsgesellschaft „RosUkrEnergo“, eine Tochtergesellschaft des russischen Gasunternehmens und der österreichischen Raiffeisenbank, verkaufen. Danach kombiniert „RosUkrEnergo“ das russische Gas mit billigerem Gas aus Turkmenistan, und der ukrainische Energieversorger „Naftogas Ukrainy“ soll diese Gasmischung für 95 \$ pro 1000 Kubikmeter von der ukrainischen Grenze durch die Firma „RosUkrEnergo“ beziehen.²

¹ Vgl. hierzu folgende URL:

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E49C386A9537445FB8A654A75C5933F03~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Zugriff: 01.01.2006).

² Vgl. dazu folgende URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1845018,00.html> (letzter Zugriff: 04.01.2006).

Was aber sind nun die Folgen des Gasstreits für die Ukraine, vor allem kurz vor den Parlamentswahlen, die am 26. März 2006 stattfinden?

Die ukrainische Gesellschaft ist nach der „Revolution in Orange“ zutiefst verunsichert und gespalten in ein prowestliches und ein prorussisches Lager. Die wirtschaftliche Situation hat sich im Jahr 2005 deutlich verschlechtert, nicht ohne das Zutun der von Russland verursachten Benzinkrise. Zudem ist die Inflationsrate merklich gestiegen. Hinzu kommen sowohl die Verfassungsänderung, die am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist und das Parlament insgesamt mit mehr Macht ausstattet, als auch die Parlamentswahlen im März 2006 mit einem entsprechenden Wettbewerb zwischen den Parteien um die Sitzverteilung im nun deutlich gestärkten ukrainischen Parlament. Daher war die Gaskrise für die politischen Kräfte in der Ukraine eine willkommene Gelegenheit, um die Vertrauenswürdigkeit der amtierenden Regierung in Frage zu stellen. Insbesondere aus dem Lager der Opposition sind skeptische Stimmen hinsichtlich des Vertrages mit Russland zu vernehmen. Die im September 2005 entlassene ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko bekundete Misstrauen gegenüber der Handelsfirma „RosUkrEnerg“, die das Gemisch aus russischem und turkmenischem Gas an die Ukraine weiter verkaufen soll. Für sie, wie im Übrigen für viele andere ukrainische Politiker, ist von der von Präsident Juschtschenko angestrebten Transparenz in der Politik nichts zu sehen. Selbst einige überzeugte Anhänger Juschtschenkos kritisieren seine Entscheidung, mit Moskau kooperieren zu wollen. Sie sehen darin einen Verrat an den Werten der „Revolution in Orange“.

Vonseiten des anderen, des so genannten prorussischen Lagers werden Stimmen laut, die besagen, dass die ukrainische Wirtschaft die hohen Preise nicht mittragen könne und dass selbst der Kompromiss von 95 \$ pro 1000 Kubikmeter Gas zu hoch angesetzt sei. Von einer Preiserhöhung wäre vor allem die ukrainische Chemie- und Metallindustrie betroffen, sprich die wichtigsten Zweige der ukrainischen Wirtschaft, die den höchsten Energiebedarf haben. Viele Bürger empören sich zudem darüber, dass die Mittel dafür möglicherweise aus der Erhöhung der Gas- und Strompreise (zulasten der Bevölkerung!) aufgewendet werden sollen, was sich dann spürbar auf den ohnehin geringen Lebensstandard der Ukrainer negativ auswirken dürfte.

Allerdings, unabhängig davon, wie die beiden Länder zu dem aktuellen Konflikt stehen, wird die Zusammenarbeit der Ukraine mit Russland wohl auch in nächster Zukunft ein wesentlicher Bestandteil der ukrainischen Politik bleiben, allein schon aufgrund der gemeinsamen historischen Wurzeln der beiden Nationen. Aber wie diese bilateralen Beziehungen künftig beschaffen sein werden hängt entscheidend von der Haltung der jeweiligen amtierenden Regierung ab. Die Zukunft wird zeigen, ob die seit Jahrhunderten andauernden Versuche der Ukraine, sich von Russland vollständig zu lösen und der Wunsch, ein unabhängiger Staat zu sein, Erfolg haben werden – oder ob die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen der beiden Länder doch so stark sind, dass man von einer vollständigen Unabhängigkeit nicht mehr wird ausgehen können, sondern fortan stattdessen verstärkt auf eine kooperative Politik setzen muss.

Nichtsdestotrotz könnten die ukrainischen Politiker und Bürger diesen Gaskonflikt als ein Signal verstehen, dass man auf eigene Ressourcen zurückgreifen und alternative Energiequellen entwickeln sollte. An hochprofessionellen Wissenschaftlern und Ingenieuren für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen mangelt es dem Land jedenfalls nicht. Die alten Industrierwerke sollen modernisiert werden und müssen künftig ihren Energiebedarf reduzieren, um so rentabler wirtschaften zu können. Die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen plant man auf lange Sicht zu minimieren. Dies soll durch den weiteren Ausbau der Kohlewerte und die umstrittene Wiederaufnahme des Atomprogramms für die Energieproduktion möglich gemacht werden. Auf diese Weise versucht die Ukraine ihre Stellung im Energiesektor möglichst zu festigen. Von zentraler Bedeutung wird dabei sein, sich als ein zuverlässiges Transitland für russisches und asiatisches Öl sowie Gas zu etablieren und damit wirtschaftliche und politische Gewinne zu erzielen. Das ist jedoch ein durchaus langwieriger Prozess, der ein ambitioniertes politisches Engagement, schmerzliche finanzielle Einschnitte und viel Geduld von den Akteuren abverlangt. So liegt es vor allem in den Händen der Machthaber, aber auch bei den ukrainischen Bürgern selbst, die ein hohes Maß an Toleranz und eigenständigem Denken aufzubringen haben werden, um sich nicht nur wirtschaftlich von Russland unabhängig zu machen, sondern auch um sich endgültig von den Überresten der Ideologie des ehemaligen sowjetischen Imperiums, bei dem alles nur mit Einverständnis und unter Führung des Kremls geschah, lossagen zu können.